
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 25/3 (1998)

DOI: 10.11588/fr.1998.3.61541

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

CIRAC, DFI, DGAP, IFRI (Hg.), Handeln für Europa. Deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt, Redaktion: Axel SAUDER, Joachim SCHILD, Opladen (Leske & Budrich) 1995, 388 S.

Die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen in den vergangenen fünfzig Jahren wird allgemein als vorbildlich für die Konfliktregulierung im modernen internationalen System angesehen. Ein Bestandteil dieser Entwicklung war die Einbindung zentraler Elemente staatlicher Souveränität in supranationalen europäischen Institutionen. Diese Konstruktion garantierte beiden Partnern die Wahrung elementarer nationaler Interessen. Frankreich band die Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft ein und erhielt so Sicherheit vor möglichen weiteren deutschen Aggressionen, der Bundesrepublik gelang durch die Integration in die westliche Welt ein rascher Wiederaufstieg zu nationaler Souveränität. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die deutsche Teilung und den Kalten Krieg.

Der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten haben die Bedeutung der deutsch-französischen Kooperation in Europa verändert. Dies ahnte auch François Mitterrand, als er sich der deutschen Vereinigung nach Kräften widersetzte, erfolglos wie man weiß. Die Frage ist nun, wie die erfolgreiche deutsch-französische Kooperation der letzten Jahrzehnte in der neuen Situation fortgesetzt werden kann. Der vorliegende Band versucht vor dem Hintergrund der veränderten politischen Gesamtsituation Gemeinsamkeiten und Konfliktpunkte zwischen den beiden Staaten auf den Gebieten der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik herauszuarbeiten. Hinter den Abkürzungen, die auf der Titelseite als Herausgeber figurieren, verbergen sich der Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne Contemporaine in Paris, das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg, das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn sowie das Institut Français des Relations Internationales in Paris.

Die Schwierigkeiten Frankreichs und der Bundesrepublik, ihre nationalen und europäischen Interessen zu koordinieren, erläutert Urs LEIMBACHER am Beispiel der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Sowohl Paris als auch Bonn befürworteten die Aufnahme der GASP als eine der drei Säulen der Union in den Vertrag von Maastricht. Dennoch, so LEIMBACHER, bestehen nach wie vor bedeutende Auffassungsunterschiede zwischen beiden Ländern über die konkrete Ausgestaltung der gemeinsamen Sicherheitspolitik. Für die Bundesrepublik wurde diese wichtig, um einen Widerspruch in der eigenen Außenpolitik zu beheben, der im Golfkrieg des Jahres 1991 aufbrach: Der innenpolitische Konsens über die traditionelle Rolle der Bundesrepublik als außen- und militärpolitisch defensive Macht und die von der internationalen Gemeinschaft geforderte Übernahme von Verantwortung für den Weltfrieden schlossen einander aus. Eine elegante Lösung dieses Konfliktes bestünde darin, das deutsche Potential innerhalb der Europäischen Union einzusetzen und die von außen geforderte Verantwortung in diesem Rahmen zu übernehmen. Diese Selbsteinbindung der Deutschen in Europa würde nicht nur die innenpolitischen Kritiker zufriedenstellen, sondern auch die von den europäischen Partnern immer wieder geäußerte Angst vor einer neuen deutschen Hegemonialpolitik abbauen. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik würde die Bundesrepublik daher aus dem Dilemma zwischen den gestiegenen außenpolitischen Anforderungen und der begrenzten innenpolitischen Unterstützung befreien. Auch die nach den Ereignissen von 1989 erfolgte notwendige Öffnung der deutschen Diplomatie nach Osten könnte so europäisch abgedeckt werden und die im Westen immer noch latent vorhandenen Ängste vor einem neuen Rapallo zerstreuen. Gerade in bezug auf die Osterweiterung hat aber Frankreich, das zeigt der Beitrag von Roland FREUDENSTEIN, andere Interessen. Dort herrscht noch immer Angst vor einem »germanisch beherrschten« mitteleuropäischen Block, der die französische Hegemonie innerhalb der Union in Frage stellen würde. Zudem spielt aus Pariser Sicht die Gefahr eine Rolle, daß Mitteleuropa eine Priorität in der EU-Außenpolitik eingeräumt wird und der für

Frankreich wesentlich wichtigere Gefahrenherd im Mittelmeer und Nordafrika in den Hintergrund rückt, wie der Beitrag von May CHARTOUNI-DUBARRY belegt.

Vor diesem Hintergrund beobachtet Dominique DAVID eine deutsch-französische Rivalität um Moskau. Angesichts der Unsicherheit, die nach wie vor über die Zukunft der auseinandergebrochenen Sowjetunion herrscht, plädiert er für ein enges deutsch-französisches Bündnis, das das Gewicht des östlichen Riesenreiches austarieren würde. Beide, Paris und Bonn, ergänzten sich, so DAVID, auf ideale Weise. Deutschland sei eine wirtschaftliche Weltmacht, Frankreich bringe das politische und atomare Gewicht in die Ehe ein. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Christian SAINT ETIENNE in seinem Plädoyer für eine deutsch-französische Währungsunion, die allenfalls die Hartwährungsländer Dänemark und Benelux zum Beitritt auffordern sollte. Dies hatte die Bundesbank schon 1991 nach dem Beitritt der DDR zur D-Mark-Zone vorgeschlagen, war damit jedoch in Paris gescheitert. Hier befürwortete man eine Währungsunion auf EU-Ebene, wie sie Jacques Delors 1989 in die Diskussion gebracht hatte. Dennoch, davon ist SAINT ETIENNE überzeugt, wäre eine deutsch-französische Währungsunion politisch und wirtschaftlich sinnvoller gewesen. Es fragt sich nur, wie die kleineren EU-Staaten, vor allem die Niederlande, Belgien und Italien, die immer darauf bedacht sind, die deutsch-französische Dominanz in der Gemeinschaft auszugleichen, auf eine solche Initiative reagiert hätten.

Gegenüber so viel Optimismus in bezug auf die deutsch-französische Bereitschaft zu einer vertieften Kooperation sind Hans STARK und René LASSERRE skeptisch. Letzterer untersucht die unterschiedlichen sozialpolitischen Systeme beider Länder und sieht hier, trotz der sich in den vergangenen Jahren abzeichnenden Annäherung noch erhebliche Interessen- und Systemunterschiede. STARK beschäftigt sich mit der Politik beider Staaten gegenüber dem Balkankrieg und stellt auch hier sehr unterschiedliche Positionen in den Hauptfragen des Konfliktes fest. Gerade in Jugoslawien zeigte sich die nach wie vor wichtige Rolle der USA für Europa, das sich angesichts der Interessendivergenzen als handlungsunfähig erwies. Dominique MOÏSI zeichnet die Rolle der USA als »Ehestifter« des »Couple Franco-Allemand« von den fünfziger Jahren bis heute nach, ohne allerdings eine Prognose über die Zukunft dieser Dreierbeziehung zu wagen.

Skepsis überwiegt auch in dem Beitrag von Henrik UTERWEDDE, der die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Philosophien in Frankreich und der Bundesrepublik gegenüberstellt. Die französische Strategie einer durch zentralstaatlich gesteuerte Interventionen geprägten Industriepolitik steht die in der Bundesrepublik propagierte der anglo-amerikanischen Denkschule entstammende Wettbewerbspolitik entgegen. Dem Versuch der Kommission, beide im Konzept der marktwirtschaftlichen Industriepolitik zu vereinigen, steht nicht nur UTERWEDDE kritisch gegenüber.

Philippe MOREAU DEFARGES aus französischer sowie Ingo KOLBOOM und Robert PICT aus deutscher Perspektive ist es überlassen, Bilanz zu ziehen und Empfehlungen zu geben. MOREAU DEFARGES erwartet, daß die französische Regierung die Wirtschafts- und Währungsunion schnell realisieren will, diese aber, je nachdem ob es sich um eine proeuropäische oder eine »euroskeptische« Administration handelt, im Parlament oder in einer Volksabstimmung mit ungewissem Ausgang ratifizieren wird. In institutionellen Fragen wird Frankreich in dieser Interpretation eine stärkere Berücksichtigung des demographischen und wirtschaftlichen Gewichtes der Mitgliedstaaten bei wichtigen Entscheidungen fordern. Auch PICT und KOLBOOM sehen den Maastricht-Vertrag aller Schwächen zum Trotz als die künftige Basis der europäischen Integration. Sie plädieren überzeugend für ein pragmatisches Vorgehen, für grundsätzliche Neuorientierungen fehlt aus ihrer Sicht der europapolitische Spielraum. Wie eng dieser ist, und wie sehr es in Zukunft darauf ankommen wird, die unterschiedlichen Interessen aufeinander abzustimmen, das macht dieser Band am deutsch-französischen Beispiel deutlich.

Guido THIEMEYER, Köln